

Germany-Frankfurt-on-Main: Building demolition and wrecking work and earthmoving work**OJ S 156/2023 16/08/2023****Contract notice – utilities****Works****Legal Basis:**

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Hessische Landesbahn GmbH

Postal address: Erlenstraße 2

Town: Frankfurt am Main

NUTS code: DE71E Wetteraukreis

Postal code: 60325

Country: Germany

E-mail: ausschreibung@hlb-online.de

Telephone: +49 692425241015

Internet address(es):Main address: www.hlb-online.de**I.3. Communication**

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4Y4268Z2/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4Y4268Z2>

I.6. Main activity

Railway services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Neubau Wartungseinrichtung Butzbach - VE01 - Vorbereitende Maßnahmen: Erdbau

Reference number: NWB_VE_01_VBM

II.1.2. Main CPV code

45110000 Building demolition and wrecking work and earthmoving work

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Die Hessische Landesbahn GmbH (HLB) plant die Errichtung einer neuen Wartungseinrichtung für Schienenfahrzeuge im Norden der Stadt Butzbach. Die Wartungseinrichtung soll Anlagen für die betriebsnahe und schwere Instandhaltung von Fahrzeugen mit elektrischen und dieselgetriebenen Antrieben aufweisen.

Im Rahmen dieses Neubaus der Wartungseinrichtung Butzbach werden Erbau- und Entsorgungsleistungen beschafft.

Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind folgende Leistungen:

Lösen, Laden und Transportieren von Bodenmaterial

Wiedereinbau von Bodenmaterial

Entsorgung von mineralischen Baustoffen

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

45110000 Building demolition and wrecking work and earthmoving work

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE71E Wetteraukreis

Main site or place of performance: Butzbach

II.2.4. Description of the procurement

Die Hessische Landesbahn GmbH (HLB) plant die Errichtung einer neuen Wartungseinrichtung für Schienenfahrzeuge im Norden der Stadt Butzbach. Die Wartungseinrichtung soll Anlagen für die betriebsnahe und schwere Instandhaltung von Fahrzeugen mit elektrischen und dieselgetriebenen Antrieben aufweisen.

Im Rahmen dieses Neubaus der Wartungseinrichtung Butzbach werden Erbau- und Entsorgungsleistungen beschafft.

Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind folgende Leistungen:

Lösen, Laden und Transportieren von Bodenmaterial

Wiedereinbau von Bodenmaterial

Entsorgung von mineralischen Baustoffen

Leistungsbeginn: IV. Quartal 2023

Leistungsende: II. Quartal 2024

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 5

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchgeführt.

Die Vergabestelle macht von der Möglichkeit des § 45 SektVO, die Anzahl der geeigneten Bewerber / Bewerbergemeinschaften zu begrenzen, keinen Gebrauch. Alle Bewerber / Bewerbergemeinschaften die nach den Ausführungen dieser Auftragsbekanntmachung und des Dokumentes "Teilnahmeantrag" , das unter der Adresse (Ziffer I.3)) elektronisch zur Verfügung gestellt wird, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Ziffer III.1.1)), die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.2)) und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3)) nachgewiesen haben, werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften werden im ersten Schritt aufgefordert, ein indikatives (d.h. noch unverbindliches) Angebot abzugeben.

Die Auftraggeberin wird diejenigen Bieter, die ein fristgerechtes indikatives Angebot abgegeben haben, zu Bietergesprächen einladen.

Die Leistungsbeschreibung und der Vertragsentwurf sind von Bietern bei den indikativen Angeboten noch nicht zwingend einzuhalten. Die Auftraggeberin behält sich vor, auch bereits vor einer weiteren Angebotsaufforderung geänderte Teile des Vertragsentwurf bzw. der Leistungsbeschreibung und seiner jeweiligen Anlagen zur Kommentierung und ggf. als Grundlage weiterer Bietergespräche zu versenden. Die indikativen Angebote werden noch nicht einer Wertung unter Anwendung der Zuschlagskriterien unterzogen.

Nach Abschluss der Bietergespräche wird die Auftraggeberin über die Notwendigkeit etwaiger Anpassungen/Änderungen der Vergabeunterlagen entscheiden. Diese Änderungen können sich ausdrücklich auch auf aufgestellte Mindestanforderungen beziehen. Ferner wird sie entscheiden und den Bietern mitteilen, ob die Bieter zur Abgabe überarbeiteter, indikativer Angebote oder bereits zur Abgabe verbindlicher Angebote aufgefordert werden. Im letztgenannten Fall wird die Auftraggeberin allen Bietern verbindliche Vergabeunterlagen überreichen. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind dann nicht zulässig. Auch der mit der Aufforderung zur Abgabe des verbindlichen Angebotes überreichte Vertrag und die überreichte Leistungsschreibung sind dann zwingend einzuhalten.

Die Auftraggeberin (AG) behält sich zum weiteren Ablauf des Verhandlungsverfahrens vor,

- bereits auf Grundlage der eingereichten ersten verbindlichen Angebote unter Verwendung der in der Angebotsaufforderung/ dem vorliegenden Leistungsbild genannten Kriterien und deren Gewichtung den Kreis der Bieter, mit denen weiterführende Verhandlungsgespräche durchgeführt werden, festzulegen. Bieter, die auf Grund dieser Zwischenwertung keinen erfolgversprechenden Rang einnehmen, werden nicht mehr zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen und erhalten hierüber eine schriftliche Mitteilung. Bieter haben keinen Anspruch auf die Durchführung von Verhandlungsgesprächen.

- den Zuschlag bereits auf Grundlage der ersten verbindlichen Angebote ohne weitere Verhandlungen und ohne die Einholung weiterer Angebote zu erteilen,
- in Ansehung der eingegangenen Angebote und durchgeführten Verhandlungsgespräche erneut Verhandlungsgespräche mit den Bietern, ggf. unter weiterer Abschtung / Reduzierung des Bieterkreises, zu führen und / oder weitere Angebote einzuholen (Durchführung mehrerer "Verhandlungs- und Angebotsrunden). Ein Anspruch der Bieter besteht hierauf nicht.

Die Bietergespräche finden voraussichtlich in der Kalenderwoche 43/2023 statt. Der ggfls. vorgesehene Termin und der genaue Ablauf der Bietergespräche werden zu gegebener Zeit mit separatem Schreiben mitgeteilt.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, haben mit dem Teilnahmeantrag zwingend eine Eigenerklärung zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß den §§ 123 und 124 GWB, zur Umsetzung von Art. 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 (Stand 21. Juli 2022) und zur Einhaltung des MiLoG sowie gemäß (Ziffer III.1.1)), der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.2)) und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3)) abzugeben. Nähere Informationen sind in einem Dokument "Teilnahmeantrag", das unter der Adresse gem. Ziff. I.3 elektronisch zur Verfügung gestellt wird, aufgeführt. Das Dokument "Teilnahmeantrag" entspricht in seinem Aufbau und der Bezifferung dem Formular dieser Auftragsbekanntmachung-Sektoren.

Die informatorischen Vergabeunterlagen werden ebenfalls unter der Adresse gem. Ziff. I.3 elektronisch zur Verfügung gestellt. Änderungen und Ergänzungen bleiben vorbehalten. Zur Abgabe der nach den Ziffern III.1.1) bis III.1.3) geforderten Eigenerklärungen kann das Formular "Teilnahmeantrag" einschließlich "Verpflichtungserklärung "andere Unternehmen" (Eignungsleihe gem. § 47 SektVO)", und - "Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung" verwendet werden. Sofern eine allgemeine PQ nach VOB/A die geforderten Einungsnachweise inhaltlich abdeckt, kann die entsprechende Angabe durch den Verweis auf die PQ ersetzt werden. Weitere Angaben, die nicht von der PQ nach VOB/A erfasst sind, müssen gesondert getätigt werden.

1.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß den §§ 123 und 124 GWB, zur Umsetzung von Art. 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 (Stand 21. Juli 2022) und die Einhaltung der Anforderungen des MiLOG sind gemäß den Ausführungen unter Ziffer III.1.1) des Dokumentes "Teilnahmeantrag" zu belegen.

Die vorstehenden Eigenerklärungen (Ziffer III.1.1) sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle - noch nicht mit dem Teilnahmeantrag - durch Vorlage derjenigen folgenden Bescheinigungen zuständiger Stellen von dem Bewerber oder den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft, zu bestätigen, die ausdrücklich von der Vergabestelle angefordert werden:

- a) Auszug aus dem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates
- b) die Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tariflichen Sozialkassen oder eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers/ Mitgliedes des Bewerbergemeinschaftsmitgliedes (soweit der Betrieb beitragspflichtig ist)
- c) die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes (soweit das Finanzamt eine derartige Bescheinigung ausstellt)
- d) soweit zutreffend einen rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, haben mit dem Teilnahmeantrag zwingend folgende Eigenerklärungen abzugeben:

- Angabe des Gesamtumsatzes des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren in Euro netto, wenn in dem jeweiligen Geschäftsjahr ein Umsatz erwirtschaftet wurde. Eine Geschäftstätigkeit von mindestens 3 Geschäftsjahren ist nicht gefordert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindestbedingung muss ein durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz von min. 4 Mio. Euro netto vorliegen, ansonsten wird der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen.

Bei Bewerbergemeinschaften werden bei der Ermittlung des durchschnittlichen jährlichen Umsatzes die Jahresumsätze der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft addiert.

Zur Abgabe der Eigenerklärung kann das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden.

Die vorstehend geforderten Eigenerklärungen (Ziffer III.1.2) 1.1)) sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle - noch nicht mit dem Teilnahmeantrag - durch Vorlage folgender Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen:

Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierten Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Es sind wertungsfähige Referenzen als verantwortlicher Vertragspartner mit folgenden Angaben zu allen Referenzen anzugeben:

Die Ausführung der zu den Referenzleistungen geforderten Eigenerklärungen sind auf gesondertes Verlangen durch Bescheinigungen Dritter zu bestätigen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften müssen mindestens 1 wertungsfähige Referenz angeben, bei der diese als verantwortlicher Vertragspartner mit den (teil-) abgenommenen (Teil-) Leistungen beauftragt waren (die Leistungen müssen nicht selbst erbracht worden sein).

Bei Bewerbergemeinschaften ist es ausreichend, wenn die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft insgesamt mindestens die vorstehend geforderte Anzahl von wertungsfähigen Referenzen angeben.

Zu allen angegebenen Referenzen müssen die nachstehend geforderten Angaben abgegeben und die zu den geforderten Angaben nachstehend aufgestellten Mindestanforderungen eingehalten werden, ansonsten ist die Referenz in Gänze nicht wertungsfähig (Mindestbedingung)

1.1.1. Angabe des Referenzobjektes.

1.1.2. Angabe des Auftraggebers

(Hinweis: Die Anschrift und der Ansprechpartner beim Referenz-Auftraggeber mit Telefonnummer sind erst auf weiteres gesondertes Verlangen zu benennen).

1.1.3. Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungserbringung

Monats- und Jahresangabe; es werden ausschließlich (teil-)abgenommene Referenzen gewertet, bei denen der Abschluss der Leistungserbringung (rechtsgeschäftliche (Teil-) Abnahme) nicht länger als 10 Jahre zurück liegt. Es gilt der Zeitraum von der rechtsgeschäftlichen (Teil-) Abnahme des Referenzobjektes bis zum Schlusstermin für den Eingang der Interessensbestätigung (dem "Teilnahmeantrag").

1.1.4. Erbrachte Leistungen/ Eigenschaften:

Angabe, ob nachfolgende Leistungen ausgeführt wurden oder folgende Eigenschaften bei dem Referenzobjekt vorliegen.

Als Mindestanforderung müssen durch alle wertungsfähigen Referenzen in Summe alle nachstehenden Leistungen/ Eigenschaften mit der nachstehend geforderten Anzahl nachgewiesen werden, ansonsten ist der Teilnahmeantrag nicht wertungsfähig.

1.1.4.1 Entsorgung von >10.000t belasteter Böden LAGA>=Z1.2

(diese Leistungen/ Eigenschaften müssen als Mindestbedingung bei einer geforderten Referenz erbracht worden sein/ vorliegen)

1.1.4.2

Lösen, laden, transportieren, einbauen und verdichten von >30.000m³ Boden (diese Leistungen/ Eigenschaften müssen als Mindestbedingung bei einer geforderten Referenz erbracht worden sein/ vorliegen)

III.1.6. Deposits and guarantees required

Bezüglich der geforderten Kationen und Sicherheiten wird auf die Angebotsaufforderung und die Vergabeunterlagen verwiesen.

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder in allen Phasen des Vergabeverfahrens und auch während der Auftragsdurchführung gegenüber der AG rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ein Nachweis der Vertretungsbefugnis des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft ist erst auf gesondertes Verlangen der AG vorzulegen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated procedure with prior call for competition

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 12/09/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1.

Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Nachforderung fehlender/fehlerhafter Erklärungen/Nachweise:

Die Auftraggeberin behält es sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch hierauf besteht nicht.

2. Eignungsleihe: Für den Fall, dass Bewerber zum Nachweis der eigenen Eignung auf die Ressourcen/Mittel von dritten Unternehmen verweisen, ist das Formular "Verpflichtungserklärung" als Anhang im Teilnahmeantrag zu verwenden.

3. Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften aus zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern/ Bietergemeinschaften führt in jedem Fall zwingend zum Angebotsausschluss.

4. Die elektronische Einreichung des Teilnahmeantrages samt Anlagen muss bis zum 12.09.2023 um 12:00 Uhr über das Bietertool des DTVP erfolgen. Bewerberfragen dürfen bis zum 01.09.2023 über das Kommunikationstool des DTVP gestellt werden. Die Auftraggeberin behält sich vor, später eingehende Nachrichten nicht zu beantworten. Die Auftraggeberin empfiehlt dringend, die Angebote mit angemessenem zeitlichen Vorlauf hochzuladen und eventuelle Restriktionen durch die bieter eigene IT-Infrastruktur (Kapazität des zur Verwendung vorgesehenen Internetanschlusses, Firewalls, etc.) vorab zu prüfen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4268Z2

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3

Town: Darmstadt

Postal code: 64283

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor

Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der

Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4.

Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3

Town: Darmstadt

Postal code: 64283

Country: Germany

VI.5. Date of dispatch of this notice

11/08/2023